

Absender:

**SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat  
Östliches Ringgebiet**

TOP 5.1  
**22-17603**  
Antrag (öffentlich)

Betreff:

**Verhinderung des Parkens im Kurvenbereich Nußbergstraße /  
Rosenstraße**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

06.01.2022

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet  
(Entscheidung)

19.01.2022

Status

Ö

**Beschlussvorschlag:**

Wir beantragen, den westlichen Teil der genannten Kreuzung baulich so zu gestalten wie den östlichen Teil bzw. andere entsprechend umgebaute Kreuzungen in der Umgebung.

Sollte dies zeitnah nicht möglich sein, beantragen wir die Aufbringung einer Sperrflächenmarkierung im Kurvenbereich.

**Sachverhalt:**

Auf entsprechenden Antrag hin wurde auch der westliche Teil der Kreuzung Nußbergstraße / Rosenstraße mittlerweile mit Pollern versehen, um dem ständigen Falschparken im Kurvenbereich entgegenzuwirken.

Anders als bei anderen, in der direkten Umgebung mit Pollern versehenen Kreuzungen, wurde jedoch nicht im selben Zuge die Fahrbahn durch Verbreiterung des Gehwegs verengt, so dass die Poller kaum Wirkung zeigen und Pkw weiterhin im Kurvenbereich parken.

**Anlage/n:**

- Foto







Absender:

**Fraktion B90/Die Grünen im  
Stadtbezirksrat 120**

TOP 5.2  
**22-17626**  
Antrag (öffentlich)

Betreff:

**Fahrradabstellanlagen Max-Osterloh-Platz**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

07.01.2022

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet  
(Entscheidung)

19.01.2022

Status

Ö

**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird gebeten, auf dem Max-Osterloh-Platz im Bereich der Grünfläche mindestens 10 Fahrradbügel zu installieren. Die Fahrradbügel sollen auch für das Anschließen von Kinderfahrrädern (Mittelholm) geeignet sein.

**Sachverhalt:**

Am Max-Osterloh-Platz fehlen Fahrradabstellanlagen im öffentlichen Raum. Besucher\*innen, die mit dem Rad kommen, haben keine Möglichkeit, ihre Räder diebstahlsicher anzuschließen. Aber auch das Abstellen der Räder für die Bewohner\*innen ist nicht möglich. In den Häusern gibt es zwar Fahrradkeller, die sind nach Aussagen der Bewohnerschaft aber viel zu klein und nicht ausreichend dimensioniert. Es ist lediglich Platz für ein Fahrrad pro Wohneinheit. Die mangelnden Fahrradabstellmöglichkeiten betreffen auch und insbesondere Kinder. Wenn sie ihre Freund\*innen besuchen wollen, haben sie keine Möglichkeit, ihr Rad sicher anzuschließen. Es wird ein Bedarf von ca. 10 Bügeln gesehen.

**Anlage/n:**

keine

Betreff:

**Planung einer Fuß- und Radwegunterführung als Ersatz für den Bahnübergang Grünewaldstraße**

Organisationseinheit:

Dezernat III  
66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr

Datum:

17.01.2022

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (Anhörung)	19.01.2022	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet (Anhörung)	19.01.2022	Ö
Ausschuss für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben (Entscheidung)	25.01.2022	Ö

**Beschluss:**

„Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung einer Fuß- und Radwegunterführung als Ersatz für den Bahnübergang Grünewaldstraße gemeinsam mit der Deutschen Bahn AG (DB) und dem Regionalverband Großraum Braunschweig weiter voranzutreiben.“

**Sachverhalt:**

Beschlusskompetenz

Die Beschlusskompetenz des Ausschusses für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben ergibt sich aus § 76 Abs. 2 Satz 1 NKomVG i. V. m. § 6 Nr. 2 lit. i der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig. Im Sinne dieser Zuständigkeitsnorm handelt es sich bei der Entscheidung über die Planung und Umsetzung einer Fuß- und Radwegunterführung um eine verkehrsplanerische Angelegenheit, für die hier der Ausschuss für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergabe zuständig ist, da es sich um eine wichtige Fuß- und Radwegverbindung handelt, dessen verkehrliche Bedeutung über den Stadtbezirk hinausgeht.

Anlass

Die DB plant, die beiden mechanischen Stellwerke im Bahnhof (Bf.) Gliesmarode durch ein elektronisches Stellwerk (ESTW) bis 2024 zu ersetzen. Dadurch wird im Wesentlichen die Signalisierung und die Schaltung der Weichen digitalisiert. Der Bahnübergang (BÜ) Grünewaldstraße wird in seiner sicherungstechnischen Ausstattung angepasst. Dies würde grundsätzlich in Form eines 1:1 Ersatzes als Bahnübergang erfolgen. Für diese Umstellung der Signaltechnik von mechanischen Stellwerken auf ESTW ergibt sich nicht die Notwendigkeit, ein Planrechtsverfahren durchzuführen. Somit würde durch die einfache Anpassung an die Sicherungstechnik der BÜ Grünewaldstraße in seiner Lage so fortbestehen.

Allerdings hat in den kommenden Jahren der Regionalverband Großraum Braunschweig (Regionalverband) eine Taktverdichtung im Schienenpersonennahverkehr geplant, was zur Erhöhung der Zugzahlen in Gliesmarode führen wird. Aktuell verkehren in Gliesmarode 2 Züge (RB 47) pro Stunde zzgl. rd. einem Dutzend Güterzüge pro Tag. Mit der geplanten Einführung eines Halbstundentaktes nach Gifhorn, der geplanten Durchbindung einer

Bahnlinie aus dem Süden Braunschweig bis zum Bf. Gliesmarode (Stundentakt) und der perspektivisch geplanten Bedienung der Strecke nach Harvesse im Halbstundentakt erhöht sich die Zahl der Züge auf bis zu 10 pro Stunde. Gleichzeitig wird sich voraussichtlich die Zahl der Güterzüge erhöhen.

Die Schließzeiten des signalabhängigen Bahnübergangs, der im Bereich des Bf. Gliesmarode liegt, sind mit im Mittel ca. 5 Min je Zugfahrt recht lang. Mit der geplanten Erhöhung der Zugzahlen in Gliesmarode ist davon auszugehen, dass die Schließzeiten künftig bei etwa 30 bis 40 Minuten pro Stunde liegen werden.

Der BÜ Grünewaldstraße ist ein für den Fuß- und insbesondere Radverkehr wichtiger Kreuzungspunkt mit der Bahn. Durch die hohe Frequentierung des BÜ kommt es bereits heute während der Schließzeiten zu großen Pulkbildungen des wartenden Fuß- und Radverkehrs mit langen Wartezeiten. Die geplante Taktverdichtung geht mit einer weiteren Erhöhung der Schließzeiten des Bahnübergangs (s. o.) einher und wird damit die Attraktivität dieser Fuß- und Radverkehrsverbindung mindern.

Um diese Verbindung wie oben skizziert nicht langfristig zu schwächen, sondern vielmehr die hohe Attraktivität dieser Rad- und Fußwegeverbindung noch zu stärken, sollte daher eine andere Art der Querung der Gleise geschaffen werden. Dies ist möglich, indem der bestehende BÜ Grünewaldstraße in eine Unterführung gem. Eisenbahnkreuzungsgesetz umgewandelt wird.

Zudem ist bei Erhalt des BÜ eine Bahnsteigzuwegung von der Grünewaldstraße (wie von der Stadt Braunschweig im Planfeststellungsverfahren für den Bahnhof gewünscht) aus technischen Gründen nicht möglich. Beim Neubau einer Unterführung gibt es Lösungsansätze zur Realisierung einer solchen Zuwegung.

#### Rechtliche Rahmenbedingungen

Durch die Regelung nach § 3 Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG) besteht die Möglichkeit den jetzigen BÜ Grünewaldstraße, als höhengleiche Kreuzung der Verkehrswege durch die Herstellung einer Unterführung, soweit es die Sicherheit oder Abwicklung des Verkehrs erfordert, zu beseitigen. Die Kosten für die Herstellung solch einer Unterführung werden dabei nach § 13 EKrG zu 50 % vom Bund, zu 33 % von der DB AG und zu 17 % vom Land übernommen. Kreuzungsbedingte Kosten für die Stadt Braunschweig entstehen dabei nicht.

Der Ersatz eines Bahnübergangs durch eine Unterführung gem. EKrG ist eine Änderung einer Eisenbahnanlage, die ein Planrechtsverfahren nach § 18 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes (AEG) i. V. m. § 75 des Verwaltungs-Verfahrensgesetzes (VwVfG) bedingt.

Die DB begrüßt die Schaffung eines Unterführungsbauwerks als Ersatz für den BÜ Grünewaldstraße und hat sich bereit erklärt, die dafür erforderliche Planung zu übernehmen. Für die Planung bis zur Realisierung einer Unterführung inklusive Planfeststellungsverfahren setzt die DB einen Planungshorizont von mindestens 5 Jahre an. Demnach kann bei Planungsbeginn in 2022 eine Unterführung der Grünewaldstraße frühestens 2027 realisiert werden.

Der für 2024 fest eingeplante Bau des ESTW kann allerdings nach Auskunft der DB nicht ebenfalls auf 2027 verschoben werden, weil die Einschränkungen des Stellwerkbaus für den laufenden Bahnbetrieb bis hin zu Sperrungen der Gleise und die Finanzierung solcher Projekte DB-intern mit mehrjährigem Vorauf abgestimmt und festgelegt werden müssen. Änderungen daran sind nicht mehr möglich.

Dies hat zur Folge, dass für den Zeitraum zwischen der fest terminierten Realisierung des ESTW in 2024 und Fertigstellung eines Unterführungsbauwerkes bis voraussichtlich 2027 keine Wegeverbindung für den Fuß- und Radverkehr am jetzigen BÜ Grünewaldstraße

besteht. Der vorhandene BÜ Grünewaldstraße ist mit dem ESTW nicht mehr nutzbar. Die Schranken des Bahnüberganges können dann ohne Anpassung der Sicherungstechnik nicht mehr geöffnet werden und sind dauerhaft geschlossen. Der Bahnübergang muss für den Fuß- und Radverkehr abgesperrt werden.

Für die Zeit ohne Querungsmöglichkeit am BÜ Grünewaldstraße sind als alternative Querungsmöglichkeiten weiter nördlich die Unterquerung der Gleise am Bahnhof Glesmarode oder weiter südlich die Überquerung an der Ebertallee nutzbar. Je nach Reiseziel entsteht bei Nutzung der Alternativrouten insgesamt ein Umweg von 100 bis 200 m. Das erscheint für Rad- und Fußverkehr für die Übergangszeit zumutbar.

Eine Realisierung beider Projekte, also der Bau des BÜ bis 2024 mit neuer Technik und ein kurze Zeit späterer Bau einer Unterführung wird aus Kosten- und Ressourcengründen von der DB abgelehnt.

Die Verwaltung sieht die Einschränkung für den Fuß- und Radverkehr durch die mehrjährige Sperrung des Bahnübergangs kritisch. Insofern ist es beabsichtigt weitere, auch hochrangige Gespräche auf verschiedenen Ebenen mit der DB zu führen, um zu erreichen, dass die Zeit, in der die Gleisquerung nicht nutzbar ist, soweit wie möglich verkürzt wird; sei es durch ein Beschleunigen des Baus der Unterführung oder durch den vorübergehenden Weiterbetrieb des mechanischen Stellwerks.

Der dauerhafte Vorteil einer Unterführung ist so groß, dass die Verwaltung in der Abwägung trotz der vorübergehenden Sperrung den Bau der Unterführung als die verkehrlich bei weitem bessere Lösung als die dauerhafte Aufrechterhaltung des BÜ ansieht.

Sollte aus unerwarteten Gründen kein Planrecht für die Herstellung der Unterführung der Grünewaldstraße möglich sein, so ist wiederum die Herstellung eines BÜ in Form einer 1:1-Erneuerung mit neuer Technik nachträglich weiterhin möglich. Das Planrecht für den BÜ Grünewaldstraße bleibt weiterhin bestehen. Die Wegeverbindung für den Fuß- und Radverkehr ist mit einer Kreuzungsvereinbarung zwischen der Stadt und der DB geregelt.

Sofern die Stadt diesem mit der DB und dem Regionalverband ausgehandelte Vorgehen zustimmt, wird die Planung für eine Unterführung der Grünewaldstraße aufgenommen. Sollte die Stadt diesem Vorgehen nicht folgen, wird der BÜ Grünewaldstraße bis 2024 in Form einer 1:1-Erneuerung mit neuer Technik ausgestattet und bleibt erhalten.

Leuer

**Anlage/n:**  
keine

Betreff:

**Ideenplattform: Beleuchtung Calisthenics-Anlage Prinzenpark / Beleuchtung Prinzenpark**

Organisationseinheit:

Dezernat VIII  
67 Fachbereich Stadtgrün und Sport

Datum:

13.01.2022

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet (Anhörung)  
Umwelt- und Grünflächenausschuss (Entscheidung)

Sitzungstermin

19.01.2022  
21.01.2022

Status

Ö  
Ö

**Beschluss:**

Dem Vorschlag aus der Ideenplattform im Beteiligungsportal „Mitreden“ zur Errichtung einer Beleuchtung der Calisthenics-Anlage (Station 1) im Prinz-Albrecht-Park an der Sportanlage „Freie Turner“ wird zugestimmt.

**Sachverhalt:**

**Anlass: nachfolgender Text aus der Ideenplattform vom 09.10.2020**

„Die Calisthenics Anlage im Prinzenpark wird auch im Spätsommer/Herbst noch gerne von vielen Leuten genutzt. Ich selbst bin regelmäßig mit ca. 10-15 Leuten vor Ort.

Um die in Anlage auch in der "dunklen Jahreszeit" nutzen zu können fehlt es an Licht.

Hier könnte man mit 2-3 LED Laternen Abhilfe schaffen.

Die Idee "Beleuchtung in Parks / geplante Finnenlaufbahn" zielte auf eine ähnliche Sache an, fand aber leider keine Unterstützung.

Auch das könnte man nochmal in Angriff nehmen. Diese Maßnahme würde sicher alle Spaziergänger und Sportler freuen.“

**Stellungnahme der Verwaltung:**

Um eine hohe und ganzjährige Auslastung der Geräte, auch einzelner Fitness-Stationen, die sich bekannterweise einer besonders hohen Frequentierung erfreuen, erzielen zu können, insbesondere in der dunklen Jahreszeit, wird die Errichtung einer „Orientierungsbeleuchtung“, wie in dem Vorschlag genannt, von der Verwaltung empfohlen und unterstützt. Es gibt zwar eine Beleuchtung des Promenadenweges im Prinzenpark in dem betreffenden Streckenabschnitt, an dessen Rand sich die Calisthenics-Station befindet, allerdings liegt die Station selbst in den Abend- und frühen Nachtstunden größtenteils im Dunkeln, was freizeitsportlichen Aktivitäten in diesen Zeiträumen eher abträglich ist.

Die Verwaltung empfiehlt, den Vorschlag aus der Ideenplattform im Beteiligungsportal „Mitreden“ aufzugreifen und nach Freigabe des Haushalts 2022 umzusetzen.

Die vorläufige Kostenschätzung beträgt ca. 18.000,00 €. Haushaltsmittel stehen im Entwurf des Teilhaushaltes für den Fachbereich Stadtgrün und Sport in ausreichender Höhe zur Verfügung.

Sollte dem Beleuchtungsvorschlag zugestimmt werden, würde die Verwaltung zeitnah ein

Gestaltungs- und Umsetzungskonzept entwickeln und dem Umwelt- und Grünflächenausschuss nach vorheriger Anhörung des betreffenden Stadtbezirksrates zur Beschlussfassung vorlegen.

Herlitschke

**Anlage/n:**

keine



Betreff:

**Ideenplattform: Erdhügel erhalten am neuen Pferdethemenspielplatz**

Organisationseinheit:

Dezernat VIII  
67 Fachbereich Stadtgrün und Sport

Datum:

14.01.2022

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet (Anhörung)  
Umwelt- und Grünflächenausschuss (Entscheidung)

Sitzungstermin

19.01.2022  
21.01.2022

Status

Ö  
Ö

**Beschluss:**

Die Idee, den Erdhügel am neuen Pferdethemenspielplatz im Prinzenpark dauerhaft zu erhalten, wird nicht umgesetzt.

**Sachverhalt:**

Auf der Ideenplattform wurde am 17.10.2021 der Vorschlag eingebracht, einen temporären Erdhügel neben dem Eingangsbereich zum neuen Pferdespielplatz zu belassen, um den Kindern ein zusätzliches, naturnahes Spielangebot zu ermöglichen. Der Erdhügel besteht aus Oberboden, der im Zuge der Sanierung des Vestibülplatzes aufgenommen und zwischengelagert wurde, um nach Abschluss der Arbeiten am Pferdespielplatz im Umfeld wieder fachgerecht eingebaut zu werden. Die bauausführende Baufirma hatte zum Zeitpunkt der Einreichung des Vorschlages auf der Ideenplattform noch keine Zeit gefunden, den zwischengelagerten Oberbodenaushub an anderer Stelle wieder einzubauen.

Die Stadtverwaltung hat den Vorschlag geprüft und nimmt wie folgt Stellung:

Beim Prinz-Albrecht-Park handelt es sich um eine historische Parkanlage im Stil eines Landschaftsgartens. Landschaftsgärten, insbesondere mit historischem Ursprung, sind lebendige Kunstwerke und damit Zeugnisse einer kulturellen Entwicklung.

Insgesamt handelt es sich beim Prinz-Albrecht-Park um eine bisher nur sehr gering veränderte Anlage in Bezug auf die historische Substanz. Um einer Zerstörung oder Beschädigung des kulturellen Wertes der gesamten Anlage entgegenzuwirken, ist die Verwaltung bestrebt, die historischen Strukturen, insbesondere was die Gestaltung der Vegetationsbereiche angeht, möglichst authentisch zu erhalten und zu pflegen. Ein Spiel-Erdhügel, vor allem da dieser sich außerhalb des abgegrenzten Spielplatzbereiches befindet, widerspricht dem Grundgedanken der Gestaltung eines Landschaftsgartens. Außerdem kann ein solcher Erdhügel sich schnell zu einer Gefahrenquelle entwickeln

Insofern empfiehlt die Verwaltung, dem Vorschlag nicht zu folgen.

Die Wiederherstellung der Fläche im Sinne des historischen Konzeptes als Strauchzone mit flankierender Rasenfläche soll im Frühjahr 2022 ausgeführt werden.

Herlitschke

**Anlage/n:**

keine

Betreff:

**Ideenplattform: Konzept für einen verschmutzungsarmen Prinzenpark**

Organisationseinheit:

Dezernat VIII  
67 Fachbereich Stadtgrün und Sport

Datum:

14.01.2022

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet (Anhörung)  
Umwelt- und Grünflächenausschuss (Entscheidung)

Sitzungstermin

19.01.2022  
21.01.2022

Status

Ö  
Ö

**Beschluss:**

Das bestehende Reinigungskonzept für den Prinz-Albrecht-Park ist ausreichend für eine weitestgehend saubere Parkanlage.

Der Bürgervorschlag aus der Ideenplattform wird deshalb nicht umgesetzt.

**Sachverhalt:**

Über die Ideenplattform im Beteiligungsportal „Mitreden“ wurde die Idee, ein Konzept für einen verschmutzungsarmen Prinzenpark aufzustellen, eingebracht. Dabei ist es der Wunsch, dass alle Besucher in die Lage versetzt werden, unkompliziert den eigenen Müll sachgerecht zu entsorgen

(<https://www.mitreden.braunschweig.de>).

Es besteht bereits seit Jahren ein Reinigungskonzept für den Prinz-Albrecht-Park. Im Rahmen dieses Konzeptes wurden im Laufe der Zeit zahlreiche Maßnahmen zur Müllvermeidung getestet und das Konzept fortlaufend weiterentwickelt und angepasst.

Im Prinz-Albrecht-Park sind drei Hundestationen, zwei Grillkohlebehälter, 68 festverbaute und in den Sommermonaten 23 mobile Papierkörbe vorhanden. Die mobilen Papierkörbe werden in den Bereichen aufgestellt, in denen es erfahrungsgemäß ein besonders hohes Müllaufkommen gibt. Im Bedarfsfall kann flexibel durch das Umsetzen der Behälter nachgesteuert werden.

Es erfolgt von montags bis samstags eine Leerung aller Abfallbehältnisse und gleichzeitig eine Flächenreinigung, bei der der Müll von sämtlichen Flächen wie beispielsweise Wege-, Platz- und Grünflächen händisch abgesammelt wird. Dabei wird diese Arbeit entsprechend des jahreszeitlich abhängigen Müllaufkommens mit zwei bis drei Mitarbeitenden verrichtet, sodass bis spätestens 10.00 Uhr alle Papierkörbe geleert sind und der Park sauber ist. Sollte morgens eine gravierende Vermüllung festgestellt werden, wird umgehend mit zusätzlichem Personal darauf reagiert. So ist in der Regel eine abgeschlossene Reinigung bis 10.00 Uhr gewährleistet.

Von montags bis freitags sind die Papierkörbe üblicherweise moderat gefüllt, sodass die Menge der Behälter, die für kleinteiligen Müll wie Papiertaschentücher, Bonbonpapier und Hundekottüten gedacht sind, als ausreichend erachtet wird.

Obwohl die Papierkörbe noch Aufnahmekapazitäten hätten, ist trotzdem nicht entsprechend entsorgter Müll in den Grünflächen zu verzeichnen, der händisch aufgesammelt werden muss.

Eine Sondersituation stellt sich in der Zeitspanne von Samstag bis Sonntagabend dar, in der die Nutzung des Prinz-Albrecht-Parks sehr ausgeprägt ist. Besonders an warmen Tagen und Nächten wird der Park als Aufenthaltsort zum Grillen, Feiern und Treffen genutzt. Dabei entsteht so viel Müll, das dieser in Beuteln neben den vollen Papierkörben, aber auch achtlos in der Grünfläche liegen gelassen wird. Außerdem ist besonders in diesem Zeitraum viel zerbrochenes Glas auf Gehwegen und Rasenflächen zu finden.

Obwohl am Montagmorgen sämtlicher Müll des Wochenendes aus dem Park entfernt ist, stellt trotzdem der Sonntag mit der bestehenden Vermüllung ein Problem dar. Die Verwaltung prüft deshalb, ob eine Vergabe der Reinigung an Sonntagen in den Sommermonaten bei sommerlichen Wetter möglich ist. Hierdurch würden zusätzliche Kosten in Höhe von ca. 5.400,00 € entstehen.

Eine der im Ideenportal vorgeschlagenen Maßnahmen ist eine Ausgabestelle für Müllbeutel und eine zentrale Annahmestelle (z. B. Container). Dies kann aus Sicht und Erfahrung der Verwaltung nicht umgesetzt werden.

Für eine Müllbeutelabgabe würde ein fester Standort und entsprechendes zusätzliches Personal benötigt. Spendersysteme für Müllbeutel laden zur illegalen Nutzung ein und werden unter diesen Aspekten abgelehnt.

Bei großen Müllsammelbehältern als Annahmestelle wie beispielsweise Containern besteht die Gefahr der illegalen Müllentsorgung, wie die Verwaltung aus langjährigen Versuchen und Erfahrungen aus dem Prinz-Albrecht-Park weiß. Vom Heidbergsee ist bekannt, dass große Müllbehälter häufiger als kleine Behälter absichtlich oder unabsichtlich in Brand geraten.

Außerdem fügt sich eine zentrale Müllannahmestelle im Park aus Sicht der Verwaltung nicht in das historische Bild der Parkanlage ein.

Der Vorschlag wird aus genannten Gründen abgelehnt.

Als weitere Maßnahmen werden Pfandringe an den Papierkörben und speziell designte Papierkörbe für besonderen Müll wie Pizzakartons vorgeschlagen.

Die Verwaltung ist seit einigen Jahren bestrebt, ein einheitliches Papierkorbmodell in den Grünanlagen einzusetzen, welches sich gut bewährt hat. Die verwendeten Papierkörbe sollen nicht nur das gleiche Erscheinungsbild haben, sondern sind auch wegen der praktikablen Leerung und besonders wegen der kleinen Öffnung ausgewählt worden. Die kleine Öffnung ist sehr wichtig, damit zum einen Tiere nicht oder nur erschwert an den Müll gelangen können und zum anderen die illegale Müllentsorgung von zum Beispiel Haus- oder Kleingartenmüll verhindert wird.

Da der anfallende Müll sehr gemischt ist und der Anteil der Pizzakartons in den Papierkörben erfahrungsgemäß im Vergleich zu anderem Verpackungsmüll, Flaschen und Hundetüten sehr gering ist, besteht aus Sicht der Verwaltung keine Notwendigkeit, einen Behälter für bestimmten Müll zu designen.

Der Einsatz von Pfandflaschen-Sammelvorrichtungen an Papierkörben wurde bereits an anderen Stellen erprobt. Das Problem achtlos weggeworfener Flaschen konnte damit nicht gelöst werden. Jedoch wurden die Pfandringe häufig zur Ablage anderen Mülls zweckentfremdet. Darüber hinaus sind Pfandsammler bereits morgens vor der Reinigung unterwegs und sammeln Pfandflaschen ein. Außerdem ist eine nachträgliche Montage der Pfandringe nur unter hohen Kosten und einhergehend mit einer Verringerung des Korrosionsschutzes an den Montagestellen umsetzbar.

Das bestehende Reinigungskonzept für den Prinz-Albrecht-Park mit der hohen Anzahl an Papierkörben und den entsprechenden Reinigungsintervallen ist aus Sicht der Verwaltung ausreichend.

Herlitschke

**Anlage/n:**  
keine

Absender:

**Fraktion B90/Die Grünen im  
Stadtbezirksrat 120**

TOP 11.1  
**22-17627**  
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

**Ampel in der Mitte der Gliesmaroder Straße**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

07.01.2022

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet (zur  
Beantwortung)

19.01.2022

Status

Ö

### **Sachverhalt:**

Der Bezirksrat hat per Beschluss die Idee aus der Ideenplattform aufgegriffen, an der Kreuzung Gliesmaroder Straße/ Wilhelm-Bode-Straße eine Lichtsignalanlage mit Fußgängerfurten zu planen (Beschlussvorlage 19-12290 vom 03.12.2019). Grund war Schulwegsicherheit und das neue Baugebiet Langer Kamp.

Wir fragen die Verwaltung:

Wann ist mit dem Bau der Lichtsignalanlage zu rechnen?

### **Anlage/n:**

keine



Absender:

**SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat  
Östliches Ringgebiet**

TOP 11.2  
**22-17608**  
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

**Straßenschäden nach Verlegung von Glasfaserkabeln**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

06.01.2022

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet (zur  
Beantwortung)

19.01.2022

Status

Ö

**Sachverhalt:**

Im Östlichen Ringgebiet wurde in den letzten Monaten flächendeckend Glasfaserkabel verlegt.

Im Zuge dieser Arbeiten wurde durch die ausführenden Firmen auf einigen Straßen die Asphaltdecke teilweise abgetragen.

Nach Abschluss der Arbeiten wurde an diesen Stellen nicht etwa neu asphaltiert, vielmehr wurden Gehwegplatten eingesetzt, um die entstandenen Lücken zu schließen.

Es handelt sich hierbei ganz offensichtlich um mangelhaft und dilettantisch ausgeführte Arbeiten, die dazu führen, dass die Asphaltdecke diverser Straßen nun unterbrochen und beschädigt ist.

Durch die in den Asphalt eingesetzten Gehwegplatten entstehen bereits an einigen Stellen größere Lücken und Fugen, die mittelfristig die Verkehrssicherheit beeinträchtigen können.

Dazu fragen wir die Verwaltung:

1. Sind die offensichtlichen Mängel der Verwaltung bekannt?
2. Wann ist mit dem Wiederherstellen des vorherigen, verkehrssicheren Zustands zu rechnen?
3. Wer trägt die Kosten hierfür?

gez. Nils Bader, SPD-Fraktion

**Anlage/n:**

- Fotos











Betreff:

**Straßenschäden nach Verlegung von Glasfaserkabeln**

Organisationseinheit:

Dezernat III  
66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr

Datum:

19.01.2022

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet (zur  
Kenntnis)

Sitzungstermin

19.01.2022

Status

Ö

**Sachverhalt:**

Zur Anfrage der SPD-Fraktion vom 6. Januar 2022 nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Zu Frage 1:

Die offensichtlichen Mängel sind der Verwaltung bekannt.

Zu Frage 2:

Die Fahrbahnen wurden zunächst provisorisch winterfest ausgeführt, sobald die Asphaltmischwerke wieder öffnen, werden witterungsabhängig die Asphaltdecken wiederhergestellt.

Zu Frage 3:

Die Kosten werden von den bauausführenden Firmen getragen.

Benscheidt

**Anlage/n:**

keine

## Betreff:

**Querung des Hagenrings an der Göttingstraße**

## Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

## Datum:

22.11.2021

## Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet (zur  
Beantwortung)

19.01.2022

## Status

Ö

**Sachverhalt:**

Im Östlichen Ringgebiet sind neue Wohnungen um den Langen Kamp entstanden. Dort gibt es viele neue Bewohner, die auch mit Fahrrädern unterwegs sind. Südlich der Gliesmaroder Straße gibt es bis zum Leonhardplatz mehrere Stellen, an denen der Ring abseits von Lichtsignalanlagen mit einem Fahrrad überquert werden kann. Zwischen der Hans-Sommer-Straße und der Gliesmaroder Straße gibt es diese Möglichkeit nicht.

Vor diesem Hintergrund stellt die FDP im Östlichen Ringgebiet die Frage:

1. Ist es möglich durch eine bauliche Veränderung, zum Beispiel eine Verschwenkung der Fahrbahn und Verbreiterung der Mittelinsel, eine Quermöglichkeit für Fahrradfahrer und mobilitätseingeschränkte Personen zu schaffen?
2. Wenn ja, wann könnte diese Maßnahme zur Verbesserung der Mobilität von Fahrradfahrern und mobilitätseingeschränkten Personen durchgeführt werden?
3. Wenn es nicht an dieser Stelle möglich ist, besteht die Möglichkeit eine Querung an der Zimmerstraße zu schaffen?

Gez. Ingo Schramm

**Anlagen:**

keine



Absender:

**Fraktion B90/Die Grünen im  
Stadtbezirksrat 120**

TOP 11.4

**22-17628**  
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

**Radverkehrsführung Glesmaroder Bahnhof**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

07.01.2022

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet (zur  
Beantwortung)

19.01.2022

Status

Ö

### Sachverhalt:

Zwischen Am Soolanger und der Einmündung Richtung Ringgleisweg gibt es einen getrennten Geh- und Radweg, der in beiden Richtungen vom Radverkehr genutzt werden kann. Hinter der Einmündung zum Ringgleis zeigt das Verbotsschild (Z 254 StVO), dass ein weiteres Gerausfahren Richtung Karlstraße in diesem Bereich untersagt ist. Beobachtungen zeigen, dass dies von den Radfahrenden nicht akzeptiert wird. Legal ist eine umwegige Führung, um die Glesmaroder Straße zu erreichen.

Wir fragen die Verwaltung:

1. Welche Gründe haben dazu geführt, dort den Zweirichtungsradweg enden zu lassen und das Verbotsschild zu installieren?
2. Besteht die Möglichkeit, das Verbotsschild (Z 254 StVO) zu entfernen, um die wichtige Radverkehrsverbindung Richtung Karlstraße (Fahrradstraße) und weiter in die Innenstadt zu legalisieren?

### Anlage/n:

keine

Absender:

**SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat  
Östliches Ringgebiet**

TOP 11.5

**22-17610**  
**Anfrage (öffentlich)**

Betreff:

**Straßensperrung Brodweg**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

06.01.2022

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet (zur  
Beantwortung)

19.01.2022

Status

Ö

**Sachverhalt:**

Am 3. Januar 2022 wurde der Brodweg in Höhe der Eisenbahnbrücke komplett gesperrt. Ein Passieren ist auch für Fußgänger und Radfahrer nach der Pressemitteilung der Deutschen Bahn bis zum Frühjahr 2023 nicht möglich. Die Bahnbrücke liegt genau auf der Grenze der Stadtbezirke 120 und 130 und stellt wegen der zahlreichen Gleiswege in diesem Bereich eine zentrale Verbindung der Stadtteile dar.

Insbesondere die Kleingartenvereine Brodweg und Mastbruch und der Hauptfriedhof werden von den Anwohner\*innen des östlichen Ringgebiets häufig fußläufig über den Brodweg erreicht. Über eine Ausweichmöglichkeit insbesondere für Fußgänger wurde nicht informiert, vermutlich da eine solche einen erheblichen Umweg über die Helmstedter Straße bedeutet.

Angesichts der langen Streckensperrung bitten wir die Verwaltung um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Sind während der über ein Jahr andauernden Bauzeit zumindest zeitweise Öffnungen des Baustellenbereiches für Fußgänger und Radfahrer geplant bzw. können solche ermöglicht werden?
2. Sind Ausweichmöglichkeiten vorgesehen für Fußgänger und Radfahrer aus dem östlichen Ringgebiet z.B. zum Friedhofsgelände?

Gez. Nadine Wunder

**Anlage/n:**

keine

*Betreff:*  
**Straßensperrung Brodweg**

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat III 66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr	<i>Datum:</i> 19.01.2022
--	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet (zur Kenntnis)	19.01.2022	Ö

**Sachverhalt:**

Zur Anfrage der SPD-Fraktion vom 06.01.2022 nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Zu 1.: Laut Aussage der DB Netz AG ist die Öffnung für Fußgänger und Radfahrer während der Bauzeit nicht möglich.

Aktuell werden an der Eisenbahnüberführung Brodweg Baumfällungen und Abrisse von Kleingartengebäuden vorgenommen. Durch die hierbei eingesetzten Baugeräte kann die Sicherheit des Fußgänger- und Radverkehrs nicht gewährleistet werden. Im Anschluss ist das Rammen der Spundwände für die südliche Baugrube geplant. Auch hierbei können die gesetzlich vorgegebenen Restbreiten nicht aufrechterhalten werden und stehen im Widerspruch zur Durchlässigkeit für Fußgänger und Radfahrer.

Zu 2.: Nahegelegene Ausweichmöglichkeiten stehen nicht zur Verfügung. Durch die Lage des Bahndammes, der lediglich im Bereich Brodweg eine Querung ermöglicht, wurde keine Umleitung für Fußgänger und Radfahrer ausgewiesen.

Benscheidt

**Anlage/n:**  
keine

Absender:  
**Schramm, Ingo**

TOP 11.6  
**22-17560**  
Anfrage (öffentlich)

Betreff:  
**Riesige Pfütze auf Fahrradweg am Ring**

Empfänger:  
Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:  
05.01.2022

Beratungsfolge:		Status
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet (zur Beantwortung)	19.01.2022	Ö

**Sachverhalt :** An der Kreuzung Ring Jasperallee ist auf dem Mittelstreifen östlich / stadtauswärts der Fahrradweg abgesackt, so daß sich bei Regen eine Pfütze über den ganzen Radweg bildest.

1. Ist das Problem bekannt?
- 2- Wann wird diese Stelle des Radwegs ausgebessert?

**Anlagen:**





Betreff:

**Riesige Pfütze auf Fahrradweg am Ring**

Organisationseinheit:

Dezernat III  
66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr

Datum:

19.01.2022

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet (zur  
Kenntnis)

Sitzungstermin

19.01.2022

Status

Ö

**Sachverhalt:**

Zur Anfrage von Ingo Schramm vom 5. Januar 2022 nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Zu Frage 1:

Das Problem ist der Verwaltung bekannt.

Zu Frage 2:

Eine Firma wurde bereits im Dezember mit der Schadensbeseitigung beauftragt. Das Pflaster wird aufgenommen und durch Asphalt ersetzt. Die Arbeiten werden witterungsabhängig im Frühjahr 2022 durchgeführt.

Benscheidt

**Anlage/n:**

keine

## Betreff:

**Querungsmöglichkeit Roonstraße zur Wiesenstraße über den Hagenring**

## Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

## Datum:

17.06.2021

## Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet (zur Beantwortung)

30.06.2021

## Status

Ö

**Sachverhalt:**

Von der Roonstraße zur Wiesenstraße wurde vor einigen Jahren eine Querungsmöglichkeit über den Hagenring geschaffen.

In Richtung Innenstadt kommt es häufig dazu, dass Fußgänger und Radfahrer auf der Mittelinsel warten müssen, weil sie die beiden Fahrstreifen in südliche Richtung wegen des Verkehrs nicht queren können. Gleichzeitig zeigt die Ampel an der Jasperallee für eben diese Fahrtrichtung jedoch "Rot" und der Rückstau vor der Ampel reicht oft bereits bis auf wenige Meter an die Wiesenstraße heran. Für die Fahrzeugführer wäre es daher kein Nachteil, vor der Querung anzuhalten, anstatt bis zur roten Ampel, bzw. in den Stau davor, weiterzurollen.

Wir fragen daher die Verwaltung:

1. Welche Möglichkeit gibt es, die Fahrzeugführer dazu zu bringen, den Fußgängern und Radfahrern hier das Queren der Straße zu ermöglichen, wenn der Verkehr ohnehin gerade keine Weiterfahrt zulässt?
2. Ist es denkbar, ein Hinweisschild aufzustellen?

Gez. Peter Strohbach

**Anlage/n:**

keine

Absender:

**Fraktion B90/Grüne im Stadtbezirksrat  
120**

TOP 11.8

**21-16693**  
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

**Weitere Planungen Moltkestraße**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

16.08.2021

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet (zur  
Beantwortung)

01.09.2021

Status

Ö

### **Sachverhalt:**

Aktuell werden in der Moltkestraße die Entwässerungskanäle erneuert. Die voraussichtliche Bauzeit geht bis Ende des Jahres.

In der Sitzung des Stadtbezirksrates vom 18.11.2020 wurde zu dem TOP „Ausbau und Planung neuer Fahrradstraßen“ mitgeteilt, dass der Straßenzug Moltkestraße Wiesenstraße- Roonstraße- Grünewaldstraße als wichtiger Straßenzug zur Anbindung der östlichen Stadtteile an die Innenstadt angesehen wird. Die Moltkestraße soll demnach als Fahrradstraße ausgewiesen werden.

Wir fragen die Verwaltung:

1. Welche Überlegungen gibt es zur Neugestaltung der Moltkestraße (Ausweisung als Fahrradstraße mit der notwendigen Fahrbahnbreite etc.)?

Gez. Juliane Krause

### **Anlage/n:**

keine